

aus Überzeugung mitgestalteten, wollten einen besseren, d. h. menschlicheren, gerechteren deutschen Staat als die BRD schaffen.

Natürlich hat es auch in der ehemaligen BRD genügend politisch motiviertes Unrecht gegeben. Es ist noch nirgendwo behauptet worden, daß die BRD von der Hysterie des kalten Krieges und vom Antikommunismus eines Mc Carthys unbeeinflußt geblieben wäre. Im Gegenteil, sie leistete dazu ihren eigen nicht unwesentlichen Beitrag. Vor 40 Jahren, am 11. Mai 1952, wurde der Jungkommunist Phillip Müller in Essen von der Polizei erschossen, weil er gemeinsam mit 30 000 jungen Westdeutschen - Gewerkschafter, Naturfreunde, Christen, Falken, Pazifisten, Kommunisten, Sozialisten, in einer "Friedenskarawane" gegen die Wiederaufrüstung der BRD demonstrierte. Die Bundesregierung wußte kein anderes Gegenmittel als Gewalt. Die Zeit drängte. Am 26. Mai 1952 unterzeichnete dann auch Adenauer in Bonn die Verträge zur Schaffung einer westdeutschen Armee und zur Eingliederung der BRD in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Wer kennt heute noch Phillip Müller, wer erinnert sich an ihn und an diejenigen, die damals schwer verwundet wurden? Wer von der Bundesregierung tritt dafür ein, sie und alle anderen Opfer des kalten Krieges in der ehemaligen BRD zu rehabilitieren?

Natürlich hat die Alt-BRD eine unaufgearbeitete historische Altlast mit in die Einheit geschleppt. "Wären die Abgeordneten des ersten Bundestages in ihren Uniformen aus der Zeit vor 1945 erschienen, dann hätte neben dem Zivil einiger Emigranten und einigen KZ-Monturen das Braun der Nazi-Kluffen zu 70% dominiert"(Lorenz Knorr. Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik. Zweite Auflage, 1983/1984 by Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, S. 75). Für diese Politik steht der Name Globke als Symbol. Viele ehemalige Generale und hohe Offiziere der auf Hitler vereidigten Wehrmacht besetzten entscheidende Kommandostellen der Bundeswehr oder der NATO, wie Heusinger und Speidel. (Während man nach 1945 eine auch heute noch nicht zu rechtfertigende Nachsicht bei der Behandlung belasteter Nazis übte und viele von ihnen wieder in Amt und Würden kommen ließ, werden ehemalige überzeugte Vertreter der DDR-Staatsmacht mit Ausgrenzung bedacht.)

Wer der sozialistischen Idee treu bleiben will, kann aber den Maßstab nicht hier anlegen. Er muß dann schon konsequenterweise an den Zielen messen, um derentwillen er sich für die sozialistische Idee eingesetzt hat.

Ich meine, für das Gesamtproblem gilt, was Herbert Brehmer bezugnehmend auf den Antisemitismus im Geheimdienst der DDR im "Zwie-Gespräch" Nr. 3 auf Seite 28 schrieb: "Um einem Mißverständnis vorzubeugen. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Altbundesrepublik ihrerseits den Antisemitismus bewältigt hätte. Aber wir haben in der DDR gelebt, ihre Geschichte ist unsere Geschichte, und deshalb stehen wir in der Verant-